

Der Bote

Informationsblatt für die Bürger der Schwarzwaldkreise Calw und Freudenstadt

Jahrgang 1

Februar 2025

Ausgabe 2

Warum es jetzt die AfD braucht!



Raimond Lamparter - Bundestagskandidat für Calw/Freudenstadt

Timm Kettner

Am 7.12.2024 fand im Hotel Restaurant Sonnenschein in Herzogsweiler, die zweite Aufstellungsversammlung zur Wahl des Bundesstadtdirektkandidat statt.

Es stellten sich Raimond Lamparter aus dem Kreis Freudenstadt und Martina Böswald aus dem Kreis Waldshut zur Wahl zur Verfügung. Das Ergebnis im Einzelwahlverfahren, ging mit 29 zu 21 Stimmen, bei einer Enthaltung,

zugunsten von Raimond Lamparter aus.

Wir haben mit Herrn Lamparter gesprochen und möchten Ihnen diesen näher vorstellen. Herr Lamparter ist gebürtig aus Reutlingen, wo er eine Ausbildung zum Dachdecker absolviert hat. Nach mehreren Jahren Tätigkeit auf verschiedenen Baustellen, unter anderem auch im Südafrika, absolvierte er 2004 in Emden eine Fortbildung zum Technischen Zeichner im Maschinenbau und Anlagentechnik. Im Rahmen einer Projektentwicklung, erlangte Herr Lamparter einen Studienabschluss im Bauwesen und arbeitet nun in der Abteilung Projektentwicklung Bau Windkraft, Rückbau Kernkraft, sowie Grundpläne Wasserkraft bei der Firma ENBW. Herr Lamparter lebt seit 6 Jahren in Freudenstadt und erfreut sich an einer Großfamilie mit vier Kindern und zwölf Enkelkindern.

Herr Lamparter spricht Englisch, Afrikaans, Xhosa, Zulu, Italienisch und besticht durch seine Bürgernähe. Sein Praxiswissen vom Bau, sowie sein Hintergrundwissen durch seinen Beruf in der Projektentwicklung Windkraft, machen ihn zu einem Fachmann für das Thema Energiewende. Diese sieht er als gescheitert. An den Regio-

nalverband Nordschwarzwald, welcher neue Flächen für Windkraftanlagen erschließt, hat er eine klare Empfehlung ausgesprochen, nämlich die CO2-Freundlichkeit den Bäumen zu überlassen. Diese machen einen wesentlich effizienteren Job und wären vor allem schon da. Es gilt auch hier, nur technischer Fortschritt löst Probleme, der Klimawahn kann nicht die Lösung bringen.

Herr Lamparter möchte sich im Wahlkreis Calw/Freudenstadt um den Wohnungsmangel kümmern, hier weist er auf überzogene Förderkriterien und Auflagen für den Neubau von Wohnungen hin. Zudem kritisiert er die zu hohen Klimaschutzmaßnahmen bei Altbausanierungen. Spannend bleibe dabei auch der aktuelle Beschluss des Umweltministeriums, den Flächenverbrauch bis zum Jahre 2035 auf null zu reduzieren. „Dies kann mit den richtigen Leuten zu einer Chance werden“ lächelt er optimistisch und ergänzt, dass die Herausforderungen einfach nur angenommen werden müssen. Die Probleme wurden von den Regierungsverantwortlichen schlicht und ergreifend zu häufig unter den Tisch gekehrt.

REMIGRATION - JETZT!

Was Remigration bedeutet und warum sie jetzt umgesetzt werden muss.

Seite 3

KREISFINANZBERICHT 2024

Für 2025 stehen große wirtschaftliche Herausforderungen an.

Seite 4

KERNFORDERUNGEN ZUR WAHL

20 Forderungen der AfD zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025

Seite 6

Momentan vertritt Herr Lamparter als bekennender Christ, die AfD im Freudenstädter Gemeinderat und verspricht bei einer Wahl in den Bundestag, das Ehrenamt weiterzuführen. Die Region müsse tatkräftig unterstützt werden. Er liebe seine Heimat und habe die Demut zu wissen, woher er komme. Deshalb fördere er noch zusätzlich das Projekt „Warme Herzen der Orthodoxen Kirche in Stuttgart“, da für die Obdachlosen viel zu wenig getan würde, fügte er hinzu. In seiner wenigen Freizeit kümmert sich Herr Lamparter dann um seine Familie und genießt die Zeit mit seiner Ehefrau und den Kindern.

Wir befragten Herr Lamparter zu den aktuellen Wahlkampfthemen.

1. Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft bewahren:

Es bedarf wieder den Fokus auf den Mittelstand und auf die soziale Verantwortung von Unternehmen gegenüber Ihren Arbeitnehmern. Letztendlich sind diese das Kapital der Betriebe.

2. Kehrtwende in der Asyl- und Migrationspolitik:

Wir müssen umdenken und aufhören der Gastgeber für die ganze Welt zu sein. Geltendes Recht muss Recht bleiben auch in Europa. Menschen ohne Pass dürfen hierzulande nicht ausreisen... Aber einreisen ist kein Problem? Verstehe das noch einer als einfacher Mensch.

3. Kriminalitätsbekämpfung und innere Sicherheit:

Im Rahmen des Datenschutzes wird den Behörden die Arbeit unnötig erschwert. Ermittlungsverfahren sowie das Speichern von Daten in Verdachtsfällen, sollte den Behörden erleichtert werden. Es geht nicht um die komplette Überwachung der Bürger, es geht um den Schutz der Opfer vor dem Täter! Als Beispiel nannte Herr Lamparter ein 15-jähriges Mädchen aus Bad Wildbad, welches immer noch unter einem

sexuellen Übergriff leide. Der straffällige Syrer kam mit einer Verwarnung davon und schob die Schuld dem Mädchen in die Schuhe, aufgrund Ihrer freizügigen Kleidung. Solche Täter müssen beobachtet werden, bevor es zu schlimmeren kommt, meint Herr Lamparter.

4. Frieden in Europa: Dialog statt Eskalation:

Wir brauchen Frieden mit unseren Nachbarn. Jeder der in einer friedlichen Nachbarschaft wohnt, weiß diese Vorzüge zu schätzen. Deshalb reden und verhandeln, aber zuerst muss aufgehört werden zu schießen.

5. Meinungsfreiheit und Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks:

Nachrichtensender müssen finanziell unabhängig und objektiv berichten dürfen. Nachrichten benötigen eine große Informationsbreite, nur dies kann den Konsumenten in die Eigenverantwortung der politischen Meinungsbildung führen.

6. Wiederherstellung sicherer und bezahlbarer Energie:

Um den Mittelstand zu stärken und ein Stück weit vom Preisdruck der Großkonzerne abzukoppeln, ist bezahlbare Energie die Basis. Ein gesunder Mix aus sauberer Energieherstellung, dient der Nachhaltigkeit und liegt in der Verantwortung unserer Generation. Wir wollen doch alle, dass es unseren Kindern besser geht als uns!

7. Familie und Demografischer Wandel:

Die Basis für eine gesunde Entwicklung einer Generation ist Sicherheit. Statistisch entwickeln sich aus intakten Familien, körperlich sowie psychisch gesündere Menschen, welche mit guter Bildung eine Gesellschaft im Ganzen bereichern können. Ein sorgenfreies Familienleben zu ermöglichen und zu schützen, muss die Kernaufgabe einer Regierung

sein. (*Quelle:* Bettina Hünteler, Cambridge University Press)

8. Rückkehr zum Europa der Vaterländer:

Um dem unbezahlbaren Bürokratiwahnsinn, sowie der Einschränkung der Nationalen Demokratie zu entkommen, ist ein Rückbau der Europäischen Union, zu einem Staatenbund souveräner Nationen unabdingbar.

9. Bürokratieabbau und steuerliche Entlastung:

Bürokratieabbau reduziert die Steuerbelastung, schafft finanziellen Spielraum für Investitionen und dient der Beschleunigung sämtlicher Prozesse.

10. Bezahlbarer Wohnraum und Eigenheimförderung:

Durch Reduzierung unnötiger Umweltauflagen und Vereinfachung von Bauvorhaben, sollen die Kosten nachhaltig reduziert werden. Die Wandlung von Mietern zu Eigenheimbesitzern, soll durch die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer, sowie durch steuerliche Förderung möglich gemacht werden.

11. Infrastruktur effizient und Zukunftsfähig aufstellen:

Die Kommunen können ihre Pflichtaufgaben im Haushalt immer weniger erfüllen. Es bedarf einer klaren Priorisierung der Fördergelder, schnellere Auftragsvergabe und einem schnelleren Verwaltungsapparat.

12. Rentenreform:

Das Rentensystem muss grundlegend reformiert werden. Eine Rentenabsicherung in Form eines Rentenfonds, eventuell mit steuerlicher Förderung würde das Rentensystem nachhaltig entlasten. Nur um eine der Möglichkeiten zu nennen.

13. Gesundheitswesen stärken:

Junge Ärzte und Ärztinnen sollten bereits im Studium für die Ausbildung als Landmediziner gefördert werden. Siehe Sächsisches Haus

arztstipendium. Steuerfreibeträge auf den Jahresumsatz können das Finanzielle Risiko der Selbständigkeit reduzieren.

14. Verbrenner Verbot abschaffen: Das Verbrenner Verbot muss abgeschafft werden. Welche Produkte benötigt werden, muss der Markt selbst regeln.

15. Reform des Bürgergeldes: Menschen die Arbeitsfähig sind und nach 6 Monaten nicht vermittelt werden können, sollten gemeinnützige Arbeit leisten. Bürgergeld soll gegen das Konzept aktivierende Grundsicherung ausgetauscht werden. Das System der Grundsicherung soll bestehen bleiben, wobei die Verwaltungskosten durch Zusammenführung von Kranken- und Pflegeversicherung gesenkt werden sollen.

16. Förderung des Ländlichen Raums und der Landwirtschaft: Die Dieselsteuer muss wieder abgeschafft werden. Den Bauern soll der benötigte Handlungsspielraum in ihrer täglichen Arbeit zurückgegeben werden, denn Fachleute wissen schlicht was sie tun. Genauso sollen die Berichtspflichten massiv reduziert werden, was den Landwirten erheblichen Arbeitsaufwand abnehmen würde.

17. Schuldenbremse einhalten: Die Schuldenbremse ist einzuhalten, um unseren zukünftigen Generationen zu entlasten.



IMPRESSUM

Herausgeber: AFD Kreisverband
Calw Freudenstadt
Am Lenzenrain 4, 72202 Nagold
Vi.S.d.P.: Vorstand des KV AFD
Calw Freudenstadt
E-Mail: geschäftsstelle@afd-cw-fds.de
Redaktion: Timm Kettner und
Robert Tilker

Deutschland, deine Einzelfälle – Warum es jetzt Remigration braucht!

Robert Tilker

Remigration, das sogenannte „Unwort“ des Jahres 2023, welches aufgrund der falschen Berichterstattung des [abhängigen Recherchenetzwerkes Correctiv](#) im vergangenen Jahr medial für Furore sorgte, stammt aus dem Lateinischen und bedeutet schlichtweg Rückwanderung (für *re-* = wieder und *migratio* = (Aus)wanderung).

Neben der hohen Anzahl der Bürgergeldempfänger aus dem Nicht-EU-Ausland, der damit verbundenen immensen Steuerlast der arbeitenden Bevölkerung und Staatsbürger Deutschlands, aber auch die zusätzliche Belastung des Gesundheits- und Bildungssystems, sollten Anlass genug dafür sein, konsequent Abschiebungen durchzuführen und Anreize zur Ausreise für illegale Migranten und kriminelle Ausländer zu schaffen.

Vergewaltigungen, Körperverletzungen, Raub, Mord und Terroranschläge innerhalb der letzten zehn Jahre, haben nachhaltig den sozialen Frieden und die innere Sicherheit Deutschlands zerstört. Aschaffenburg und München sind weitere schreckliche Beispiele für das Versagen der Asyl- und Migrationspolitik Deutschlands.

Ohne Remigration wird sich die Lage nicht zum Positiven verändern, sondern das Gegenteil wird der Fall sein.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie in der Rubrik „Gegenkultur!“.

Remigration fängt da an, wo geltende deutsche Gesetze die Grundlage für eine Umsetzung bieten. Hierbei könnte der Staat schon auf folgende Gesetze zurückgreifen:

[§ 15 Aufenthaltsgesetz](#)
[§ 18 Asylgesetz](#)
[Artikel 16a Grundgesetz](#)
[§ 35 Staatsangehörigkeitsgesetz](#)
[§ 51 Aufenthaltsgesetz](#).



Bildquelle:

<https://www.afd.de/einzelfallticker/>

SPENDENINFO

Wir sind ein kleiner Kreisverband und arbeiten ausschließlich im Ehrenamt. Wir geben uns größte Mühe Ihnen sauber recherchierte Artikel anzubieten. Wenn Sie unsere Arbeit als Mehrwert sehen, unterstützen Sie unseren Kreisverband doch mit einer Spende.

Kreisverband Calw/Freudenstadt:
IBAN: DE74 6665 0085 0008 971269
BIC: PZHSDE66XXX

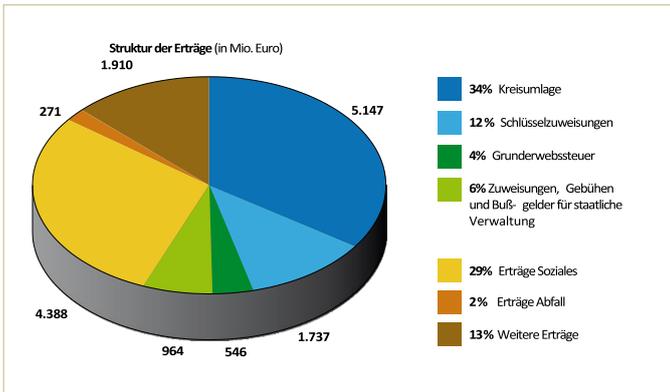
Sparkasse Pforzheim Calw

Verwendungszweck: Spende + Mitgliedsnummer oder vollständige Adresse (erforderlich zum Erstellen einer Zuwendungsbescheinigung)

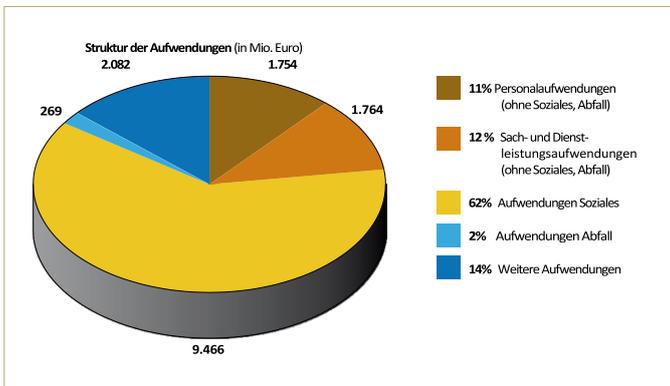
Fakten aus dem Kreisfinanzbericht Baden-Württemberg 2024

Timm Kettner

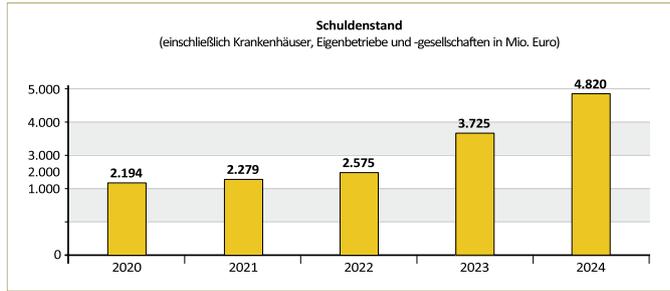
Die Ergebnisse des Kreisfinanzbericht Baden-Württemberg für das Jahr 2024, bildeten die großen wirtschaftlichen Herausforderungen, wobei diese nur der Vorbote für ein sehr schwieriges Jahr 2025 waren, vollumfänglich ab.



Das Land muss zukünftig auf eine solide Haushaltsführung setzen, die Stabilität und Wachstum fördert, ohne dabei die notwendigen Weichen für die Zukunft zu vernachlässigen. Dies kann nicht mit noch mehr Schulden, sondern muss mit klaren Einsparungen im sozialen Bereich sowie konsequenten Kassenstürzen der Gemeindehaushalte geschehen.



Wir betrachten die Zahlen für 2024 näher. Es standen Einnahmen von 15 Mrd. Euro gegenüber Ausgaben von 15,3 Mrd. Euro. Wir wollen näher beleuchten inwiefern sich diese massiven Ausgaben, besonders in Anbetracht unserer maroden Infrastruktur über-



haupt zusammensetzten und wohin das Geld geflossen ist.

Es fällt auf, dass der Sozialaufwand mit 62 Prozent den größten Anteil stellte. In Worten sind dies 9,46 Milliarden Euro. Gehen wir tiefer in die Zahlen haben wir signifikante Steigerungen im Jahr 2024 bei den Bruttoausgaben nach dem AsylbLG.

Das Land unterstützte bereits 2023 mit 450 Mio. Euro pauschal die Kommunen. Grund dafür war der beschlossene Rechtskreiswechsel. (Flüchtlinge aus der Ukraine haben Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch). In welcher Höhe Erstattungen des Landes für 2024 erfolgten, ist im Rahmen der Beratungen der gemeinsamen Finanzkommission noch völlig offen. In den bisherigen Verhandlungen zeichnete sich jedoch ab, dass weder der Bund, noch das Land aktuell gewillt sind, die verbliebenen Nettomehrbelastungen der Kreise auszugleichen. (Stand der Recherche, Quelle: Kreisfinanzbericht).

Ebenfalls sehr auffällig waren die massiven Steigerungen der Aufwendungen für den ÖPNV. Diese stiegen um 34 Prozent und beliefen sich bei 411 Mio. Euro. Eine genauere Aufschlüsselung ist dringend erforderlich, um die kostentreibenden Posten zu erkennen und zu verstehen.

Weitere bemerkenswerte Kosten zeigten sich in der Entwicklung im Bereich der Krankenhäuser. Der Zuschussbedarf im Ergebnishaushalt, lag aufgrund höherer Lohnkosten,

Ausgleichszahlungen und Abschreibungen, bei 379 Mio. Euro. Im Finanzhaushalt wirkten die hohen Investmentkosten durch Fremdkapital mit 415 Mio. Euro.

Ein weiterer Interessanter Fakt ist die starke Gesamt-Schuldenentwicklung des Landes. Im Vergleich zum Jahr 2023 stiegen die Schulden um 29,4 Prozent auf 4,82 Mrd. Euro. Bedingt ist diese starke Entwicklung, durch mehr Investitionen mit Fremdkapital, die Kreditaufnahme stieg von 499 Mio. Euro im Vorjahr auf aktuell 823 Mio.

Als Ausblick bleibt zu sagen, dass sich die finanzielle Lage in den Kommunen deutlich verschlechtern wird. Gründe sind mannigfaltig und lassen sich mit höheren Personalkosten, gestiegenen Sozialabgaben und der mittlerweile dramatischen wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser erklären. Sollten die Sozialabgaben nicht massiv sinken oder die Konjunktur steigen, damit sich die steuerlichen Einnahmen erhöhen, bleibt der Cashflow weiter negativ und dies darf durchaus besorgniserregend genannt werden.

Es bleibt zu hoffen, dass die Städte und Gemeinden, Wege und Mittel finden um Ihre Haushaltspflichten zu erfüllen. Ein erster Schritt wäre die Zusammenarbeit mit allen politischen Parteien und eine vernünftige Basis Politik in den Rathäusern. Jetzt bedarf es an vielen Ideen und kreativen Lösungsansätzen. Diese lassen sich nicht im ideologischen Parteidendenken und einem „weiter so“ finden.

Leserbrief – Zum Bericht „Lieber gestalten statt verwalten – Oliver Valha sieht sich als Macher“ vom 20. Januar 2025 im Schwarzwälder Boten

Marcus Lotzin -
Stadtrat in Altensteig

Nachdem ich den Artikel gelesen habe, stellt sich die Frage, warum man nicht selbst als Bürgermeisterkandidat angetreten ist. Es bestätigt für mich, Marcus Lotzin, den Eindruck, dass seit 2019 – zunächst alleine und nun mit einer Fraktion – keine Vorschläge oder Ideen der AfD im Stadtrat diskutiert werden wollten.

Nun ist Herr Valha Mitglied der CDU. Doch wie soll eine Zusammenarbeit funktionieren, wenn der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz ausdrücklich erklärt hat, dass eine Kooperation mit der demokratisch gewählten Partei AfD nicht infrage kommt? Herr Renz, ehemaliger Stadtrat der Freien Wähler, äußerte bei seiner Verabschiedung, er sei schockiert über das Wahlergebnis der AfD und forderte, dass der Stadtrat – mit Ausnahme der AfD – zusammenhalten solle. Diese Haltung wird bis heute unverändert praktiziert.

Zudem hat der Stadtrat mich, Marcus Lotzin, obwohl ich das zweitbeste Stimmresultat erhalten habe, nicht als stellvertretenden Bürgermeister gewählt – obwohl dies dem Willen der Bürger entsprochen hätte. Es ist natürlich positiv, Vorschläge der AfD zu diskutieren und über eine Zusammenarbeit nachzudenken. Doch bleibt die Frage: Geht es dabei um Wählerstimmen oder wieder nur um leere Versprechungen? Ich bin gespannt, wie sich die Situation entwickelt, falls Herr Valha als neuer Bürgermeister gewählt werden sollte.

Leserbrief – Corona-Aufarbeitung Untätigkeit aus Angst vor dem Ergebnis?

Günther Schöttle

Ein Artikel auf der Titelseite, ein Leitartikel und fast eine ganze dritte Seite – so umfangreich berichtete der Schwarzwälder Bote am 28.01.2025 über Corona und die nach 5 Jahren noch immer fehlende Aufarbeitung. Die regierenden Ampel-Parteien hätten sich – so der Schwarzwälder Bote – nicht auf ein Gremium einigen können – weil befürchtet worden sei, dass das Ergebnis als Scherbengericht gegen die handelnden Politiker missbraucht hätte werden können. Wie bitte?

Weil man Angst vor dem zu erwartenden Ergebnis hat – fangen wir lieber erst gar nicht das Aufarbeiten an? Ist das noch Realpolitik oder schon gezielte Sabotage an der Demokratie?

Die Aufarbeitung habe sich auf andere als die parlamentarische Ebene verlagert, lässt uns der Schwarzwälder Bote wissen. Diese Politik ist an Schabigheit und Kalkülhaftigkeit wirklich nicht mehr zu überbieten. Anstatt den schwer betroffenen Patienten und Angehörigen der Opfer endlich zu helfen, müssen sie mit allen Folgen der verfehlten Maßnahmen leben und man verlangt von ihnen jahrelange Prozesse mit ungewissem Ausgang zu führen, sollen ihre Ersparnisse dafür hergeben – wenn sie sich diese Prozesse überhaupt leisten können. Im Ergebnis bedeutet das, die Opfer werden zum zweiten Mal verhöhnt, die Verursacher machen sich aus dem Staub, einige haben an der Pandemie glänzend verdient.

Warum fällt mir spontan dazu ein: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.

Und dann wundern sich alle über ständig zunehmende Demokratieverdrossenheit? Ich nicht!

Abtreibung - ein Verbrechen?

Robert Tilker

Für 2023 verzeichnet das [Statistisches Landesamt Baden-Württemberg](#) 10.531 Schwangerschaftsabbrüche (+6,8 % zu 2022). 606 Abtreibungen davon wurden aus medizinischen Gründen, zwei Abbrüche wurden aus kriminologischen Hintergründen vorgenommen. Auf der Plattform [profeminina.org](#) sind biographische Gründe (41,7 %) gefolgt von Überlastung/Überforderung (30,5 %) und Probleme in der Partnerschaft (17,2 %) als Hauptursachen für Abtreibungen angegeben. Deutschlandweit wurden im Zeitraum von [2014 bis 2023 über 1 Million](#) ungeborene Kinder abgetrieben.

Allen Ernstes fordern Abgeordnete von der SPD, den Grünen und Linken sowie Vertreter aus der sogenannten „Zivilgesellschaft“ die Abschaffung des Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch, um den Mord am unschuldigen Leben weiter zu entkriminalisieren.

Frauen haben das Recht auf *ihren* Körper, aber haben sie auch das Recht auf den Körper des Ungeborenen und damit die Befugnis, über Leben und Tod zu entscheiden?

Frankreich hat die „Freiheit zur Abtreibung“ letztes Jahr in die Verfassung aufgenommen. Ein Genozid per Gesetz.

Auch in Deutschland hört nach geltendem Recht (§ 219 StGB) die Menschenwürde beim ungeborenen Menschen auf.



Für eine
glückliche
Kindheit.

Deutschland.
Aber normal.



KERNFORDERUNGEN AfD-WAHLPROGRAMM 2025

1. GRUNDWERTE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT BEWAHREN

Wir fordern eine Rückkehr zu den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft mit einem klaren Fokus auf die Förderung von Mittelstand, Unternehmertum und Innovation. Arbeit muss sich endlich wieder lohnen.

2. KEHRTWENDE IN DER ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK

Wir wollen eine Migrationspolitik im Interesse Deutschlands: Einführung konsequenter Grenzkontrollen, Zurückweisung illegaler Einwanderer und Remigration von Personen ohne Bleiberecht. Asylanträge müssen in Bearbeitungszentren außerhalb Deutschlands bearbeitet werden. Außerdem fordern wir den Austritt Deutschlands aus dem UN-Migrationspakt und UN-Flüchtlingspakt.

3. KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG UND INNERE SICHERHEIT

Die Polizei wird durch modernste Ausrüstung, mehr Personal und eine bundesweit einheitliche Besoldung gestärkt. Terrorismus, Extremismus, Clan- und Bandenkriminalität werden mit schärferen Strafen, umfassenderen Ermittlungsmaßnahmen und konsequenter Vermögensabschöpfung bekämpft.

4. FRIEDEN IN EUROPA: DIALOG STATT ESKALATION

Wir fordern eine interessengeleitete Außenpolitik für Deutschland. Eine europäische Friedensordnung muss die legitimen Sicherheitsin-

teressen aller Staaten berücksichtigen. Ziel ist eine neutrale Ukraine außerhalb von NATO und EU sowie die Wiederherstellung ungestörter Handelsbeziehungen mit Russland.

5. MEINUNGSFREIHEIT UND REFORM DES ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNKS

Wir schützen die Meinungsfreiheit und bekämpfen jede Form der Zensur, besonders durch staatlich erzwungene Abkommen mit Sozialen Medien. Deutschland braucht eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hin zu einem schlanken Modell mit Fokus auf neutrale Information und Kultur.

6. WIEDERHERSTELLUNG SICHERER UND BEZAHLBARER ENERGIE

Die Energieversorgung wollen wir durch die Rückkehr zur Kernenergie und den Ausbau von Kohlekraftwerken sichern. Gleichzeitig fordern wir die Abschaffung der CO₂-Abgabe und Subventionen für erneuerbare Energien sowie die Reduzierung von Energiesteuern.

7. FAMILIE UND DEMOGRAFIE: FAMILIEN STÄRKEN, GEBURTEN FÖRDERN

Die aktuelle Familienpolitik versagt bei der Bekämpfung des Geburtenrückgangs und der Unterstützung von Eltern, wodurch die Grundlage unserer Gesellschaft gefährdet wird. Wir fordern ein Betreuungsgeld bis zum dritten Lebensjahr, steuerliches Familiensplitting sowie großzügige Entlastungen bei Kinderbetreuungskosten und

Familiengründungen, um Familien finanziell und gesellschaftlich besser zu fördern.

8. EUROPÄISCHE UNION: RÜCKKEHR ZU EINEM EUROPA DER VATERLÄNDER

Die EU hat sich zu einem zentralistischen System entwickelt, das demokratische Prinzipien untergräbt und nationale Souveränität einschränkt – eine Rückkehr zu einem Staatenbund souveräner Nationen mit klaren Grenzen ist dringend erforderlich. Der «Green Deal», die Euro-Transferunion und der geplante digitale Euro sowie der unersättliche bürokratische Apparat europäischer Behörden machen den Übergang der EU hin zu einer neu zu gründenden europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft notwendig. Als gemeinsame Interessen sehen wir insbesondere:

- 1) einen gemeinsamen Markt;
- 2) Schutz der Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung;
- 3) strategische Autonomie in der Sicherheitspolitik;
- 4) Bewahrung europäischer Kulturen und Identitäten.

9. BÜROKRATIEABBAU UND STEUERLICHE ENTLASTUNG

Unser Ziel ist ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort Deutschland, der durch geringere Steuern und Abgaben sowie den Abbau von Regulierung gestärkt wird. Außerdem fordern wir eine umfassende Vereinfachung des Steuerrechts sowie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

ZEIT FÜR DEUTSCHLAND.

AfD

10. BEZAHLBARER WOHNRAUM UND EIGENHEIMFÖRDERUNG

Hohe Baukosten und gesetzliche Vorgaben erschweren bezahlbaren Wohnraum – wir fordern die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer und die Vereinfachung des Baurechts. Die Umwandlung von Mietern zu Eigentümern muss durch Eigenkapitalersatzmodelle und steuerliche Anreize erleichtert werden.

11. MEHR DIREKTE DEMOKRATIE NACH SCHWEIZER VORBILD

Die Bürger sollen durch bundesweite Volksabstimmungen über zentrale Gesetzesänderungen, Grundgesetzänderungen und bedeutsame völkerrechtliche Verträge entscheiden. Zusätzlich wird ein Initiativrecht geschaffen, das es den Bürgern ermöglicht, Gesetzesvorschläge direkt in den politischen Prozess einzubringen.

12. SCHUTZ DES BARGELDS UND DER WIRTSCHAFTLICHEN FREIHEIT

Die Einführung eines digitalen Euros und zentraler Überwachungsstrukturen lehnen wir strikt ab. Bargeld muss als gesetzliches Zahlungsmittel erhalten bleiben, um die wirtschaftliche Freiheit und Privatsphäre der Bürger zu sichern.

13. INFRASTRUKTUR EFFIZIENT UND ZUKUNFTSSICHER GESTALTEN

Die Sanierung von Straßen, Brücken und Schienennetzen leidet unter lähmender Bürokratie und jahrelanger Planungsverzögerung – dies wird durch vereinfachte

Verfahren und klare Prioritäten behoben. Der Rückstand bei digitaler Infrastruktur und Verwaltungsdigitalisierung zeigt den Reformstau deutlich, weshalb der Ausbau sofort und pragmatisch vorangetrieben werden muss.

14. RENTENREFORM FÜR LANGFRISTIGE STABILITÄT

Wir setzen uns für eine schrittweise Erhöhung des Rentenniveaus ein. Wir wollen der Rentenversicherung mehr Beitragszahler zuführen, die Verrentung flexibler und gerechter gestalten und Anreize für eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit setzen.

15. GESUNDHEITSWESEN STÄRKEN: WENIGER BÜROKRATIE, MEHR VERSORGUNG

Wir fordern eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems, die Bürokratie abbaut und die Patientensicherheit stärkt. Eine bessere Honorierung medizinischer Berufe und der Ausbau der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum sind unerlässlich.

16. EINE STARKE BUNDESWEHR ALS GARANT EINER SOUVERÄNEN NATION

Wir setzen uns dafür ein, die Bundeswehr umfassend auszurüsten und personell zu verstärken, um ihre Rolle als Garant der Landesverteidigung zu sichern – für ein souveränes Deutschland in einem wehrhaften und stabilen Europa. Hierfür fordern wir auch die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht inkl. Wehersatzdienst.

17. TECHNOLOGIEOFFENHEIT IN DER VERKEHRSPOLITIK

Wir fordern die sofortige Aufhebung einseitiger Förderungen der Elektromobilität. Wir schützen den Verbrennungsmotor und erhalten damit die deutsche Automobilindustrie.

18. ARBEIT MUSS SICH WIEDER LOHNEN – REFORM DES BÜRGERGELDS

Das Bürgergeld ist Teil unseres Sozialstaats. Allerdings setzt es in der jetzigen Form gravierende Fehlansätze für den Arbeitsmarkt und bedroht die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme. Die Fehlkonstruktion des Bürgergelds werden wir mittels unseres Konzepts „Aktivierende Grundversicherung“ neugestalten.

19. FÖRDERUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS UND DER LANDWIRTSCHAFT

Wir fordern eine nachhaltige und eigenständige Landwirtschaft in Deutschland, ohne Überregulierung durch die EU. Die Berichts- und Dokumentationspflichten für die Landwirtschaft müssen drastisch reduziert werden. Ziel ist die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Förderung artgerechter Tierhaltung.

20. SCHULDENBREMSE KONSEQUENT EINHALTEN

Wir fordern eine strikte Einhaltung der Schuldenbremse, um zukünftigen Generationen Handlungsspielräume zu erhalten. Steuerzahler dürfen nicht länger für unverantwortliche Verschuldungspolitik haften.

Mehr Informationen zu unserem Bundestagswahlprogramm finden Sie unter www.afd.de.

ZEIT FÜR DEUTSCHLAND.

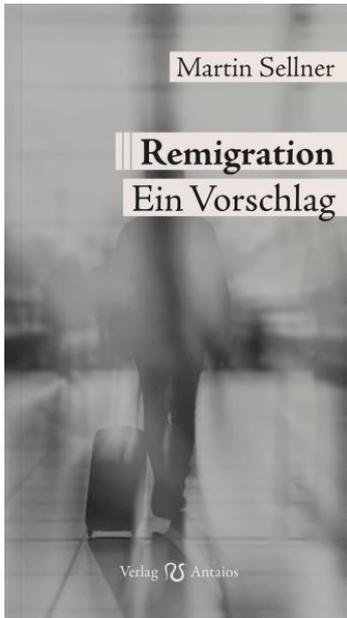
AfD



LITERATURVORSCHLÄGE:

Martin Sellner

Remigration - ein Vorschlag



"Remigration" bedeutet Abwanderung und bezeichnet damit einen ebenso normalen Vorgang wie den der Anwerbung von Gastarbeitern oder die zeitlich begrenzte Aufnahme von Flüchtlingen. Nicht normal, sondern erklärungsbedürftig ist das Experiment der "Ersetzungsmigration", das seit Jahrzehnten in Europa und vor allem in Deutschland durchgeführt wird.

Martin Sellner formuliert in seinem Buch einen Vorschlag, wie die Remigration kulturell, ökonomisch, politisch und religiös nicht assimilierbarer Ausländer gelingen könnte.

Weil Sellner um die Brisanz dieses politischen Richtungswechsels weiß, betont er in seinem Buch die Abgrenzung der Remigration von unmenschlichen Szenarien. Remigration hat mit Vertreibung nichts zu tun. Vertreibung war das, was beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg mit 14 Millionen Ostdeutschen geschah, von denen

anderthalb Millionen diesen brutalen Vorgang nicht überlebten.

Remigration ist keine Vertreibung. Es geht vielmehr um Anreizsysteme, um freiwillige Ausreise und um klare Kriterien wie Kriminalität, politische Religiosität und kulturelle Ferne. Es geht um einen Prozeß, der sich über 30, 40 Jahre erstrecken würde, wenn man ihn in Gang brächte.

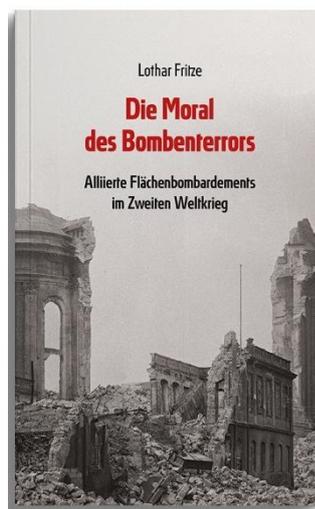
Die Remigration von illegal eingewanderten, von nicht integrierbaren und von unerwünschten Ausländern ist juristisch möglich, politisch gerechtfertigt, moralisch vertretbar und praktisch umsetzbar. Sie wäre ein Prozeß zum Wohle aller.

So der Verlag Antaios über das Buch.

*Verlag: Antaios, 2024
Klappenbroschur, 184 Seiten
18,00,-*

Lothar Fritze

Die Moral des Bombenterrors



Deutsche und internationale Historiker finden oft Rechtfertigungen für den alliierten Bombenkrieg gegen deutsche Städte. Mal sollen Wohngebiete versehentlich eingeäschert worden sein, mal als »verständliche« Exzesstaten, mal als notwendiges Übel zur

Befreiung unterjochter Völker und verfolgter Minderheiten.

Totalitarismusforscher Lothar Fritze fragt: Kann es überhaupt moralisch gerechtfertigt sein, Massentötungen wehrloser Zivilisten auch nur in Kauf zu nehmen? Und wenn nicht – was sagt das über die Absichten der Alliierten und ihrer heutigen Rechtfertiger aus?

Seine Grundlagenstudie von 2007 tastet ein zentrales Tabu der Nachkriegsgeschichtsschreibung an: dass die erbarmungslose Zerstörung unverteidigter Städte voller Flüchtlinge, Frauen und Kinder irgendwie eine »Befreiung« gewesen sein soll. Anlässlich des 80. Jahrestages der Vernichtung Dresdens nun in einer ergänzten und aktualisierten Ausgabe!

So der Jungeuropa Verlag über das Buch.

*Jungeuropa Verlag, 2025
Gebunden, 524 Seiten
30,00,-*

NETZVORSCHLAG:

Von rechts gelesen - Podcast



In ihrem verlagseigenen Podcast bietet der Jungeuropa Verlag ein Programm rund um rechte Kultur, Literatur und wissenswertes aus der Szene. Mit bisher über 130 Sendungen bietet der Podcast für jeden Zuhörer ansprechende Themen.

<https://podcast.jungeuropa.de/>